

DAS THEMA

Am Rande der Anhörung des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestages zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuordnung des Bundesarchivrechts am 19. Oktober in Berlin kritisierte Katja Mitteldorf, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Sprecherin für Kulturpolitik der Fraktion:

„Im Gesetzentwurf versteckt sich eine gravierende Einschränkung der Informationsfreiheit und künftiger historischer Forschung und journalistischer Arbeit. Akten aus den deutschen Nachrichtendiensten sollen nach dem Willen der Bundesregierung künftig nur noch eingeschränkt an das Bundesarchiv zur Verwahrung gegeben werden.“

Es ist zu befürchten, dass die Neuordnung zu einem Freifahrtschein für die Nachrichtendienste wird, historisch relevante Akten zurückzuhalten und gegebenenfalls zu vernichten. Ich fordere die Bundesregierung auf, diese Regelung zu streichen – oder noch besser: ausdrücklich die Abgabepflicht für alle Akten aus den Nachrichtendiensten an die zuständige und entsprechend gesicherte Stelle für Verschlussachen im Bundesarchiv festzuschreiben, um eine dauerhafte und vollständige Archivierung zu gewährleisten. Die Vernichtung von NSU-Akten macht doch deutlich, wie wichtig klare Ansagen an die Dienste und ein Schredder-Verbot sind. Staatliches Handeln muss für

Freifahrtschein für Nachrichtendienste

MdL Katja Mitteldorf zum neuen Bundesarchivgesetz

künftige Generationen nach Ablauf der gesetzlichen Sperrfristen für Bürger, Forschung und Journalismus transparent und nachvollziehbar sein – das ist eine wichtige Aufgabe des Bundesarchivs und der Landesarchive. Die Neuordnung bedeutet im Ergebnis, dass die Nachrichtendienste selbst entscheiden können, welche Akten sie zur Archivierung abgeben, welche sie bündeln und welche sie vernichten.“

Laut Gesetzentwurf sollen Akten der Nachrichtendienste dem Bundesarchiv nur angeboten werdend, wenn sie „deren Verfügungsberechtigung unterliegen“ und „überwiegende Gründe des Nachrichtenzugangs“ einer Abgabe an das Archiv „nicht mehr entgegenstehen“.

Nachrichtendienste entscheiden dann stärker als bisher selbst, welche Akten zur Archivierung angeboten werden. Akten, die einer Geheimhaltungspflicht unterliegen, werden im Bundes- und den Landesarchiven besonders gesichert aufbewahrt und unterliegen langjährigen Schutzfristen. Bereits die jetzigen Regelungen berücksichtigen die Interessen der Nachrichtendienste umfassend.

Im Vorfeld der Anhörung hatten auch der „Verband der deutschen Archivarinnen und Archivare“, der „Deutsche Journalistenverband“, das „Netz-

werk Recherche“, die Bundesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit, die Initiative „Netropolitik.org“ und die „Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit“ diese Einschränkungen im Gesetzentwurf abgelehnt.

„Die Bundesregierung stellt in ihrer Begründung für die Neuordnung sicherheitspolitische Erwägungen und die Interessen der deutschen und ausländischer Nachrichtendienste über Informationsfreiheit und die Interessen von Wissenschaft und Journalismus. Forschung über die Arbeit der heutigen Nachrichtendienste würde mit den Regelungen deutlich erschwert oder gar unmöglich. Das ist eine schwere Hypothek für die Zukunft, um staatliches Agieren zu erforschen, zu dokumentieren und transparent zu machen“, so Katja Mitteldorf.

Mit einem Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Archivgesetzes wollen die Koalitionsfraktionen Erhalt, Weiterentwicklung und Förderung der Vielfalt der Thüringer Archive stärken. Die Landesregierung soll eine Novellierung des Thüringer Gesetzes über die Sicherung und Nutzung von Archivgut nach Beschluss und Umsetzung des neuen Bundesarchivgesetzes vorlegen. ■

Fachkonferenz zur Thüringer Vergabep Praxis

Zu einer Fachkonferenz unter dem Titel „Die Thüringer Vergabep Praxis gestalten – sozial, ökologisch, innovativ“ laden die Linksfraktion im Thüringer Landtag und das Europabüro Gabi Zimmer am Freitag, den 4. November, in der Zeit von 10 bis 17 Uhr nach Eisenach in die Duale Hochschule, Alte Aula (Raum 305), Am Wartenberg 2, ein.

Hintergrund der Konferenz: Mit der Reform des Vergaberechts hat die EU 2014 die Möglichkeiten sozialer, ökologischer und innovativer Rahmensetzungen gestärkt. Das wirtschaftlichste Angebot soll nicht mehr automatisch mit dem billigsten Angebot gleichgesetzt werden. 2016/17 steht Thüringen vor einer umfassenden Novellierung des Thüringer Vergabegesetzes. Schon die Überschrift im Koalitionsvertrag, wo bereits von einem „Vergabe- und Tariftreuegesetz“ die Rede ist, macht deutlich, es geht um mehr Gute Arbeit, Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen und regionalen Wirtschaftskreisläufen. Zugleich ist darauf zu achten, dass bürokratische Hürden ab- statt ausgebaut werden, um auch kleinen und kleinsten Unternehmen die Möglichkeit einzuräumen, von staatlichen Aufträgen profitieren zu können. Nähere Informationen zum Ablauf der Konferenz auf der Internetseite der Linksfraktion: www.die-linke-thl.de ■

Hilfe für Projekt „Benny lernt Deutsch“

Einen Spendenscheck des LINKE-Abgeordnetenvereins Alternative 54 Erfurt e.V. hatte MdL Ronald Hande für Schulkinder mit Migrationshintergrund in der Staatlichen Grundschule Schmalkalden überreicht. Die Unterstützung wird dort dringend für ein Projekt der IFBW Schmalkalden e.V.

sie ein Wort Deutsch. Das Projekt bietet ihnen ergänzend zum Schulunterricht individuelle sprachliche und soziale Förderung. Ziel ist es, den Kindern spielerisch und künstlerisch in Form von Liedern, Gedichten, Tänzen und Darstellungsspielen die deutsche Sprache, Kultur und Lebensart nahe zu



benötigt. Das Projekt „Benny lernt Deutsch“ beinhaltet die Sprachförderung für Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren. Mit Benny lernen die Mädchen und Jungen, die aus Serbien, Mazedonien, Rumänien, Syrien und anderen Ländern stammen, die deutsche Sprache. Einige von ihnen haben weder eine Schule besucht, noch können

bringen, um damit die Chancen zur Integration zu fördern. Heike Ornigg, die Sprachlehrerin, und Markus Reiss als Projektleiter dankten im Namen der Kinder dem Abgeordneten Ronald Hande sehr herzlich.

Ilona Schaft,
Wahlkreismitarbeiterin ■

KURZ UND PRÄGNANT

Kulturkonferenz im Thüringer Landtag

Im Rahmen der „Thüringer R2G-Kulturwerkstatt“ wollen die Koalitionsfraktionen gemeinsam mit Akteurinnen und Akteuren aus ganz Thüringen die Möglichkeiten und Grenzen des geplanten Thüringer Kulturgesetzes ausloten. Die Veranstaltung findet am Dienstag, den



THÜRINGER
R2G KULTUR
WERKSTATT

15. November, im Landtag in Erfurt, Raum F 101, in der Zeit von 09.00 bis 16.30 Uhr statt. Das Impulsreferat hält Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates. Im Programm verschiedene Workshops und Gesprächsrunden. Nähere Informationen: www.die-linke-thl.de ■

Ein Behandlungsfall kostet 4.051 Euro

Ein Behandlungsfall in einem Thüringer Krankenhaus kostete 2015 durchschnittlich 4.051 Euro. Damit stiegen im Jahr 2015 in den 44 Thüringer Krankenhäusern die Gesamtkosten gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent, so das Landesamt für Statistik. Knapp zwei Drittel der Gesamtkosten waren Personalkosten. Ein Drittel der Personalkosten wurde für den ärztlichen Dienst verausgabt, 488 Millionen Euro bzw. 29,9 Prozent für den Pflegedienst, 237 Millionen Euro (14,5 Prozent) für den medizinisch-technischen Dienst und 158 Millionen Euro (9,7 Prozent) für den Funktionsdienst. Mit 947 Millionen Euro entfiel mehr als ein Drittel der Gesamtkosten der Krankenhäuser (36,2 Prozent) im Jahr 2015 auf Sachkosten. Gegenüber 2014 erhöhten sich diese Ausgaben um 26 Millionen Euro bzw. 2,8 Prozent. Von den Sachkosten entfiel im vergangenen Jahr rund die Hälfte (488 Millionen Euro bzw. 51,5 Prozent) auf den medizinischen Bedarf, wie z.B. Arzneimittel, ärztliches und pflegerisches Verbrauchsmaterial, Instrumente, Narkose- und sonstiger OP-Bedarf, Laborbedarf und Implantate. ■